



**Rede der Niedersächsischen Verfassungsschutzpräsidentin
Maren Brandenburger
anlässlich des Verfassungsschutzsymposiums 2015
zum Thema „Salafismus & Islamfeindlichkeit: Aktuelle Zusammenhänge zwischen
zwei Extremismusformen“
am 29. April 2015 in Hannover**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Sehr geehrter Herr Minister Pistorius,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, zur heutigen Veranstaltung ein so zahlreiches und vielschichtiges Publikum aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten begrüßen zu dürfen. Neben den Abgeordneten des Bundestages, des Niedersächsischen Landtages und der Kommunalparlamente begrüße ich auch die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter der Justiz- und Sicherheitsbehörden, aus dem Bereich der Bildungs- und der Präventionsarbeit sowie insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften und Migrantenverbände.

Ich heiße Sie alle herzlich willkommen beim 10. Symposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Sehr gerne möchte ich auch die Referentinnen und Referenten des heutigen Tages begrüßen, die unserer Einladung gefolgt sind und mit

ihren Referaten und Workshop-Angeboten dieses Symposium maßgeblich gestalten werden.

Herr **Prof. Dr. Rüdiger Lohker**, der uns als Hauptreferent gleich im Anschluss „Aktuelle Entwicklungen im Salafismus“ vorstellen wird.

Zwei Kurzvorträge der Verfassungsschutzmitarbeiter **Daniela Schlicht** und **Wolfgang Freter** werden den Vormittag beschließen.

Herr **Prof. Dr. Detlef Pollack** von der Universität Münster wird zusammen mit Herrn **Dr. Sven Schönfelder**, Politikwissenschaftler im Niedersächsischen Verfassungsschutz, den Workshop 1 zum Thema „Islamfeindlichkeit“ anbieten.

Den Workshop 2 zum Thema „Salafismus im Internet“ wird Herr **Sindyan Qasem** vom Verein ufuq e.V. aus Berlin gemeinsam mit Herrn **Mark Schonnop**, Islamwissenschaftler im Niedersächsischen Verfassungsschutz, bestreiten. Der Berliner Verein ufuq befasst sich überwiegend mit den Themen Jugendkultur, Medien und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft.

Für den dritten Workshop zum Thema „Umgang mit Syrienrückkehrern“ begrüße ich herzlich Herrn **Florian Endres** vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Herrn **Philip Frank** vom Landeskriminalamt Niedersachsen.

Zum Workshop 4, der sich im Rahmen einer Diskussionsrunde dem Islamismusbegriff widmen wird, begrüße ich als Teilnehmer Herrn **Dr. Sadiqu Al-Mousllie** vom Zentralrat der Muslime in Deutschland und

Herrn **Dr. Michael Kiefer** von der Universität Osnabrück. Als weitere Diskussionssteilnehmerin steht Frau **Vera Kleine**, Referatsleiterin Islamismus im Nds. Verfassungsschutz, zur Verfügung. Ich begrüße auch die Journalistin Frau **Düzen Tekkal**, die diesen Workshop moderieren wird.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Bereitschaft und Ihr Interesse, an diesem Symposium mitzuwirken und bin sicher, dass wir eine sehr interessante Veranstaltung erleben werden.

Meine Damen und Herren,

Salafismus und Islamfeindlichkeit sind vielschichtige Probleme, die eine differenzierte Reaktion verlangen und aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden müssen. Für das heutige Symposium haben wir deshalb ein sehr komplexes Format gewählt. Erstmals ergänzen wir Fachvorträge mit grundsätzlichen Ausführungen durch Workshops, in denen einzelne Aspekte vertieft dargestellt und diskutiert werden können. Das Symposium verleiht zugleich der Spannbreite der Verfassungsschutzarbeit von Gefahrenanalyse bis zur Präventionsarbeit Ausdruck.

Die größte Herausforderung für die Sicherheit in Deutschland resultiert derzeit zweifellos aus den Aktivitäten des sogenannten Islamischen Staates. Den Ausreisenden und Rückkehrern aus Syrien gilt das besondere Augenmerk der deutschen Sicherheitsbehörden. Mit dem Blick hierauf sprechen wir von einer unverändert hohen abstrakten Gefahr. Herr Minister Pistorius hat eingangs mit seinen Ausführungen darauf hingewiesen.

Gemeint ist damit, dass bei den Syrien-Rückkehrern ein Motiv zur Durchführung von Anschlägen und die Fähigkeit hierzu vermutet werden können, zum einen weil eine Radikalisierung des Denkens stattgefunden hat und zum anderen weil durch entsprechende Verbindungen zu Terrornetzwerken die logistischen Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Es muss deutlich betont werden: Der Hinweis auf eine hohe abstrakte Gefährdung bedeutet nicht das Wissen über konkrete Anschlagpläne. Dies macht die Aufgabe für die Sicherheitsbehörden so schwierig und so aufwendig, denn die Erfahrung lehrt aufgrund zahlreicher Beispiele, dass die abstrakte Gefahr sehr schnell in konkrete Taten umschlagen kann.

Für uns hat dies zur Konsequenz, dass wir jedem, auch dem kleinsten Hinweis akribisch nachgehen müssen und nicht vorschnell und leichtfertig Entwarnung geben dürfen. Dementsprechend hoch sind der Zeitaufwand und der Personaleinsatz für die veranlassten Maßnahmen. Alle Sicherheitsbehörden befinden sich in einer angespannten Situation. Glauben Sie mir: Wir sind uns bewusst, welche Ängste die Anschläge in Frankreich ausgelöst haben und welche Erwartungen sich an uns richten. Dennoch wird es keine absolute Sicherheit geben können, denn in die Hirne potentieller Täter können auch wir nicht schauen. Aber die niedersächsischen Sicherheitsbehörden unternehmen alles, um möglichst frühzeitig mögliche Anschlagpläne zu erkennen.

Bei aller Abscheu vor den grausamen Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates dürfen wir nicht von der Tragik unberührt bleiben,

dass junge Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft ihr kaum gelebtes Leben für Wahnideen opfern. Bei vielen Eltern und Familienangehörigen herrschen Angst, Sorge und Verzweiflung über diesen ideologischen Irrweg ihrer Kinder. Das Erkennen und Zerschlagen von Rekrutierungsmechanismen salafistischer Netzwerke ist deshalb nicht nur aus Gründen der inneren Sicherheit geboten, sondern es dient auch dem Schutz dieser Jugendlichen.

[Meine Damen und Herren,]

lassen Sie mich an dieser Stelle zu einem weiteren wesentlichen Aspekt der Verfassungsschutzarbeit überleiten, zur Extremismus-Prävention. Ob über Salafismus oder Rechts- und Linksextremismus: Der Verfassungsschutz sammelt in allen extremistischen Phänomenbereichen kontinuierlich Informationen über ideologische Entwicklungen, Aktionen, Propaganda- und Werbemethoden. Diese Informationen entfalten ihre Wirkung nur dann, wenn sie in die Öffentlichkeit getragen und diskutiert werden. Sie sind ein wichtiger Baustein einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Extremismusphänomenen.

Wir wissen, dass wir uns nicht im Besitz eines Interpretationsmonopols befinden. Vielmehr unterliegt die Auseinandersetzung mit dem Extremismus dem Diskurs. Auch dazu soll dieses Symposium dienen. Nur so kann der Extremismus in allen seinen Aspekten ausgeleuchtet und in seiner Komplexität verstanden werden, nur so können einseitige Sichtweisen korrigiert werden. Der Austausch mit der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft ist uns wichtig und wir werden ihn weiter ausbauen.

Der Niedersächsische Verfassungsschutz tut dies bereits mit seiner im Jahr 2014 begonnenen Reihe „Aktuell & kontrovers“.

Am 30. September 2014 haben wir diese mit dem Thema „Was ist Linksextremismus heute?“ begonnen. Am 10. Dezember 2014 wurde das heutige Thema unter der Fragestellung „Wie gehen wir mit dem Salafismus in der Praxis um?“ näher beleuchtet. Und auch im Jahr 2015 werden wir diese Reihe fortsetzen.

Das heutige Symposium ist eine weitere Etappe auf diesem Weg hin zu mehr Öffnung und Diskurs. Der Austausch mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft sorgt regelmäßig für etwas „frischen Wind“ im Verfassungsschutz.

Gesellschaft und Politik unterliegen einem ständigen Wandel und damit auch der mit diesem Wandel korrespondierende Extremismus. Für die Bewertung des Extremismus ist es deshalb unverzichtbar, gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu berücksichtigen. Immanente Betrachtungen führen nicht weit. An der Entwicklung des Islamismus lässt sich dies gut nachvollziehen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA konzentrierten sich die Sicherheitsbehörden zunächst auf naturwissenschaftlich ausgebildete jüngere Muslime, auf sogenannte Schläfer und auf formlose Verbindungen von Islamisten, die mit dem Arbeitsbegriff non-aligned Mudjahedin erfasst wurden. Niemand hätte sich zum damaligen Zeitpunkt vorstellen können, dass nur wenige Jahre später ein Gebilde mit der Bezeichnung Islamischer Staat existieren würde und genauso unvorstellbar war die Bereitschaft hunderter junger Menschen in Deutschland, sich den menschenverachtenden IS-Kämpfern

anzuschließen. In beiden Fällen korrespondiert eine außenpolitische mit einer innenpolitischen Entwicklung.

[Meine Damen und Herren,]

Verfassungsschutzmitarbeiter müssen befähigt sein und befähigt werden, solche Zusammenhänge und Entwicklungen zu erkennen, um frühzeitig Gefahrenprognosen zu erstellen und adäquate Präventionsmaßnahmen zu entwickeln. Arbeitsroutinen nach dem Motto „Das haben wir schon immer so gemacht“ und das Beharren auf veralteten Sichtweisen und Interpretationsmuster führen in einer Zeit des Wandels nicht weit.

Der rasante Bedeutungszuwachs des Internets in den letzten 10–15 Jahren markiert eine irreversible Zäsur, deren politische und gesellschaftliche Tragweite noch nicht absehbar ist. Nachhaltige Veränderungen der politischen Kommunikation, der politischen Partizipation und der Steuerung ökonomischer Prozesse sind bereits zu erkennen. Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind zu erwarten, ob positiv oder negativ sei an dieser Stelle dahingestellt.

Mir geht es um einen anderen Aspekt: Das Internet ist das erste Massenmedium, das Extremisten für ihre Zwecke nutzen können. Sie tun dies in exzessiver Weise. Sadistische Enthauptungsvideos und andere Propagandavideos tragen die Botschaften der Salafisten in Syrien und im Irak in weit entfernte Länder, über das Internet verbreitete Anleitungen zur Herstellung von Bomben oder zur

Begehung von Gewalttaten animieren den potentiellen Attentäter. Hasspredigten und Kampfgesänge dienen via Netz der ideologischen Aufrüstung.

Eines kann als sicher gelten: Ohne die Möglichkeiten des Internets hätte der Salafismus seine Werbewirksamkeit unter jungen Menschen in westlichen Ländern nicht so entfalten können. Folglich muss sich die Präventionsarbeit im Bereich des Salafismus in besonderer Weise mit den Internetdarstellungen auseinandersetzen. Wir haben diesem wichtigen Aspekt heute Nachmittag einen eigenen Workshop gewidmet.

Das Internet hat aber nicht nur für die Verbreitung salafistischer Botschaften zentrale Bedeutung, sondern auch für das Schüren einer islamfeindlichen Stimmung. Islamfeindliche Kundgebungen wie die Serie der Pegida-Veranstaltungen oder die Demonstrationen der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa) wären ohne die Werbung und die Mobilisierung über das Internet in dieser Form nicht möglich gewesen. In den einschlägigen Internet-Foren vermischen sich bürgerliche Ressentiments mit rechtsextremistischer Kommentierung. Dies führt zu Veränderungen in den Erscheinungs- und Propagandaformen des Rechtsextremismus. Wir werden hierzu in den Vorträgen noch etwas hören.

Ihnen dürfte klar geworden sein, wie wichtig die Internetauswertung für die Arbeit des Verfassungsschutzes geworden ist. Die ständige Schulung der Mitarbeiter und eine adäquate Ausstattung der Arbeitsplätze sind die Voraussetzung dafür, dass wir diese Aufgabe

sach- und fachgerecht erfüllen können. Wir sind auf einem guten Wege, die Voraussetzungen hierfür zu verbessern.

Damit allein aber ist es nicht getan. Die inhaltliche Fortbildung über ideologische Entwicklungen im Extremismus, einschließlich der politischen Rahmenbedingungen, hat einen mindestens genauso hohen Stellenwert, denn es sollen ja nicht alleine personelle Verbindungen aufgezeigt werden. Tattataten stehen in der Regel am Ende einer ideologischen Radikalisierung.

[Meine Damen und Herren,]

lassen Sie mich noch auf einen letzten, sehr wichtigen Punkt eingehen. Er steht in Verbindung mit der bereits angesprochenen Islamfeindlichkeit. Die Auseinandersetzung mit dem Salafismus darf auf keinen Fall so geführt werden, dass ein Generalverdacht gegen Bürger muslimischen Glaubens entsteht.

Das wäre fatal!

Es muss zwischen Islam und Islamismus viel stärker differenziert werden, auch gesamtgesellschaftlich.

Bereits der Begriff Islamismus wird von vielen Muslimen als Belastung empfunden, weil er der Religionsbezeichnung entlehnt ist. Auf diese Weise werde, so gaben uns Vertreter muslimischer Verbände zu verstehen, bei unkundigen Bürgern der Eindruck erweckt, der Glaube und nicht eine politische Ideologie sei das Problem. Wenn man sich die Beiträge in islamfeindlichen Foren wie pi-news betrachtet, ist diese Sorge nur allzu berechtigt. Andererseits ist es schwer, für einen

etablierten Begriff ein akzeptiertes und akzeptables Synonym zu finden. Letztlich ist es ein Arbeitsbegriff für Sicherheitsbehörden. Dennoch: erst der Versuch macht klug. Wir meinen, über diesen aus unserer Sicht verständlichen Wunsch sollte diskutiert werden. Ich bin gespannt, zu welchen Ergebnissen und vielleicht auch konkreten Vorschlägen die Diskussion am heutigen Nachmittag kommt. Zum Reformprozess des niedersächsischen Verfassungsschutzes gehört die Öffnung, das Angebot zum Gespräch und die Bereitschaft zuzuhören.

Uns ist bewusst, zu welchem enormen Vertrauensverlust die Fehler der Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit dem Nationalsozialistischen Untergrund geführt haben. Vertrauen lässt sich nur durch Transparenz, hohe Fachkompetenz und Dialogbereitschaft zurückgewinnen. In diesem Sinne stimmt mich der große Zuspruch, den unser heutiges Symposium - wie bereits die vorangegangenen Veranstaltungen - erfährt, hoffnungsfroh, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Wir werden den Dialog mit Vertretern von Glaubensgemeinschaften und Migrantenverbänden in nächster Zeit fortsetzen. Solche regelmäßigen Kontaktveranstaltungen haben nicht nur den Zweck, Vertrauen zu schaffen, sie sollen zugleich auch einen Beitrag zur Förderung der interkulturellen Kompetenz unserer Mitarbeiter leisten. Demselben Ziel dienen Informationsbesuche, die Mitarbeiter unseres Hauses bislang in die Liberale Jüdische Gemeinde in Hannover-Leinhausen, in die DITIB-Moschee in der Stiftstraße und in die

Alevitische Gemeinde Hannover geführt haben. Wir werden die Reihe dieser wertvollen Fortbildungsveranstaltungen fortsetzen.

Noch einmal zurück zur regelmäßig durchgeführten Dialogveranstaltung. Vertreter afrikanischer Verbände hatten beim letztjährigen Treffen vorgeschlagen, sich beim nächsten Mal über rassistische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft auszutauschen. Die Reaktion auf die in Deutschland Zuflucht suchenden Asylbewerber in Teilen der Bevölkerung zeigt, wie berechtigt dieser Vorschlag ist.

Ich könnte mir vorstellen, dass unser nächstes Symposium sich mit dem Thema Asylbewerber und Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzt.

[Anrede] (zur Schlussequenz)

Die 1947 geborene amerikanische Philosophin Martha Nussbaum, eine der einflussreichsten Philosophinnen der Gegenwart, die als Professorin für Politische Philosophie, Recht und Ethik an der University of Chicago lehrt, hat im letzten Jahr ein viel beachtetes Buch mit dem Titel „Die neue religiöse Intoleranz. Ein Ausweg aus der Politik der Angst“ veröffentlicht.

Nussbaum warnt davor, sich von Ängsten vor Terrorakten, (die für sie durchaus verständlich und nachvollziehbar sind), dominieren zu lassen, und gibt in ihrem Resümee zu bedenken:

„Eine politische Kultur, die von Dauer sein soll, muss über Menschen

nachdenken und wie sie die Welt sehen. Menschen aber sind nicht sehr verlässlich: Gerne kümmern sie sich um ihre eigenen Dinge und begreifen ihre Nachbarn nicht. Unser gegenwärtiges Klima der Angst zeigt, dass die Menschen nur allzu leicht von guten Werten und Gesetzen entfremdet werden können, wenn Unsicherheit und Bedrohung herrschen.“

In einer ähnlichen Situation befinden wir uns gerade.

Martha Nussbaum, die darüber hinaus Trägerin von 30 Ehrendoktorwürden ist, beendet ihr Buch mit folgendem Satz.

Betrachten Sie ihn als Appell:

„Wir brauchen also den Geist der Neugier und der Freundschaft.“

In diesem Sinne wollen wir gemeinsam dieses Symposium erleben.